

Der Wind im Wald

Fünf Gemeinden in Mittelfranken kämpfen um vier Windräder – und damit gegen den neuesten Kabinettsbeschluss der CSU. Doch über ihre Zukunft wird in München und Berlin entschieden. Weit weg vom geplanten Bürgerwindpark im Birkenfelder Staatsforst

VON ANANT AGARWALA

Birkenfels – Eine Bushaltestelle ohne Fahrplan, eine Straße ohne Namen, ein Briefkasten. Keine 30 Einwohner wohnen in diesem Dorf, das zum Markt Flachslanden gehört und umgeben ist von Äckern, Wald und viel Strom. In der Ebene südwestlich schimmert ein Solarpark, auf Dächern von Häusern und Ställen warten schwarzblaue Zellen auf Licht. In südöstlicher Richtung schlängelt sich die Straße vorbei an Biogasanlagen bis Ansbach. Birkenfels liegt im Stromland aus Sonne und Gas. Es fehlen nur Windräder, um von allen wichtigen erneuerbaren Energien umzingelt zu sein. In Birkenfels liegen die Probleme der Energiewende ganz nah beieinander.

Fünf Bürgermeister stehen im Matsch. Funktionsjacken in rot, blau, schwarz, die Haare grau. Rechts liegt ein brauner Acker. Im Sommer kultiviert man hier Biomasse, im Winter Trostlosigkeit. Die Bürgermeister schauen auf den Wald, auf ihren Bürgerwindpark, der da nicht steht, obwohl er da stehen sollte. Seit fünf Monaten wissen sie nicht, woran sie sind. „Es ist wie in einer Bananenrepublik, in der man sich auf Gesetze nicht verlassen kann“, sagt Hans Henninger, Bürgermeister von Flachslanden.

Vier Windräder sollten aufgestellt werden im Birkenfelder Staatsforst, gut 800 Meter vom Dorf entfernt. 80 000 bis 100 000 Euro hat die kommunale Allianz der fünf Gemeinden Flachslanden, Lehrberg, Weihenzell, Rügland und Oberdachstetten, mit dem Planungsbüro Naturenergie Zeilinger investiert. Drei Tage bevor sie den Pachtvertrag für das Grundstück unterschreiben wollten, kam im September 2013 eine E-Mail. Die Staatsforsten seien angehalten worden, „bis auf Weiteres keine Vertragsgespräche mit Partnern und Bewerbern mehr zu führen“. Weisung von ganz oben. Seehofer will die „Versparge lung“ Bayerns stoppen. „Es war eine Mischung aus Frust und auch Wut“, sagt Bürgermeister Henninger. Er zeigt ins Grün aus Kiefern und Birken. Da sollte Windrad Nummer Drei hin: „Wir hatten alle Auflagen befolgt. Dann wird unser Projekt ohne neue Gesetzeslage gestoppt.“

Seit dem CSU-Kabinettsbeschluss vom 3. Februar 2014 gilt nun die neue Windkraftdirektive „10 H“. Zwischen Bebauung und Windrädern muss ein Abstand eingehalten werden, der das Zehnfache der Hö-



Vier Windräder sollen im Wald hinter Birkenfels gebaut werden. Für die Bürgermeister von Rügland, Weihenzell, Lehrberg, Flachslanden und Oberdachstetten (von links) bedeutet jede Verzögerung Geldeinbußen. FOTOS: ANANT AGARWALA

he des Windrads beträgt. Im Fall von Birkenfels wären das 2000 Meter – unmöglich angesichts der vielen Dörfer drum herum. Für „unumstrittene“ Windräder soll es Ausnahmen geben. Darauf hoffen die Bürgermeister. „Die Signale sind positiv, aber ich glaube nur noch an Beschlüsse, wenn ich sie selbst in der Hand habe“, sagt Henninger. Man könne sich auf nichts mehr verlassen. Ist ihr Projekt denn unum-

stritten? „100 Prozent Zustimmung, das gab es nur im Dritten Reich oder der DDR.“

Hans Schmidt sitzt am Wohnzimmerisch. Neben ihm seine Frau Renate und Enkelin Anja Eberlein. Hans Schmidt ist ein Mann Anfang 70 mit großem Kopf und dunklen Augen, die tief hinter seiner Nase verschwinden. Meist ist er zu empört, um zu sprechen, das übernehmen Frau oder Enkelin. Aber manchmal bricht es aus ihm heraus, in fränkischen Wortschlangen: „Wi homjokein Ahnungg‘hobt.“ Sie fühlen sich übergangen von Bürgermeister Henninger. Erst als die Planung fast abgeschlossen und das Geld längst ausgegeben gewesen sei, habe der Bürgermeister sie informiert, dass sie bald vier 200 Meter hohe

Windräder von der Terrasse aus sehen würden. Die Schmidts haben Angst, nicht mehr schlafen zu können und vor langen rotierenden Schatten auf dem Gartentisch. Sie haben Angst, davon krank zu werden. Das stünde im Internet und Horst Seehofer wolle die zwei Kilometer Abstand bestimmt nicht ohne Grund. Deshalb sei ihnen das Geld, das die Gemeinde mit den Windrädern verdienen könne, egal.

Hans Henninger hat in seinem Bürgermeisterbüro eine Karte ausgebreitet. Sie zeigt den Naturpark Frankenhöhe, das Landschaftsschutzgebiet, in dem auch Birkenfels und Flachslanden liegen. Der Naturpark ist auf der Karte fast ganz rot, ein bisschen weiß, ganz wenig grün. Rot steht

für Tabu, hier dürfen keine Windräder hin. Weiß sind die Ortschaften, hier dürfen keine Windräder hin. Nur in die grünen Sprengel, da dürfen Windräder hin, wenn sie aus Talhöhen nicht sichtbar sind, wenn keine Fledermäuse oder Käfer gestört werden und wenn keine Denkmäler im Umkreis stehen. Bei Flachslanden bleiben nach den Gutachten zwei dünne Streifen übrig, im Staatsforst Birkenfels. „Als klar war, wo die Windräder hinkommen, haben wir die Bürger sofort informiert“, sagt Henninger.

Anfang Oktober versammelten die fünf Bürgermeister in Gemeindegäulen und Multifunktionshallen ihre Bürger. Sie legen Listen aus, für das Geld. Bürger, die mindestens 5000 Euro investieren wollen, sollten sich eintragen. 166 Leute unterschreiben und versprechen 3,6 Millionen Euro. Einer steht auf und sagt, er wolle kein Windrad in seiner Nachbarschaft. Henninger hat mit den Bürgern von Birkenfels noch zwei Termine gemacht, im Sitzungssaal und im Wald. Danach hat er aus Birkenfels nichts mehr gehört. Wenn man jetzt im Dorf herumfragt, ist es der Mehrheit egal. „Besser als Atomstrom“ heißt es, oder „wenn die Windräder nicht kommen: gut. Wenn doch: nicht so schlimm“. In den Dörfern in Sichtweite regen sich die Bauern mehr über steigende Pachtpreise wegen der Biomasseproduzenten auf. Die Schmidts indes haben ans Landratsamt geschrieben.

Lange war nicht klar, was „unumstritten“ heißt. In der neuen Leitlinie der Landesregierung zur Energiewende steht nun wörtlich: „Ausnahmen sind möglich bei örtlichem Konsens auf der Grundlage von Entscheidungen der betroffenen Gemeinden.“ Das liest sich gut für den Windpark und schlecht für die Schmidts. In allen fünf Gemeinderäten gab es absolute Mehrheiten für den Windpark, bei nur einer Gegenstimme. Typisch für die Energiewende: Fast alle wollen grünen Strom, fast niemand ein Windrad im direkten Sichtfeld.

„Durch das Hickhack im Landtag haben wir fünf Monate verloren“, sagt Henninger. Es sei fraglich, ob der Windpark noch dieses Jahr ans Netz komme. Die angekündigte Reform des EEG würde ihre Kalkulation zerstören, der Windpark wäre nicht mehr wirtschaftlich. „Ohne einen Vertrauensschutz in Berlin funktioniert es nicht.“ Während die Bürgermeister noch auf die erste Ausnahme hoffen, ist bereits die zweite nötig. Das Problem, das in München begann, verlagert sich in die Hauptstadt – immer weiter weg von Birkenfels. Die Bürgermeister hoffen weiter, dass es jetzt schnell geht. Dass bald Gewerbesteuer fließt, 800 000 Euro über 20 Jahre. Und dass im Staatsforst bald vier Stahlträger stehen, für den Wind zwischen Kiefern und Birken.